

**Parteiaussagen zur den Wahlprüfsteinen
der Insel- und Halligkonferenz zur Bundestagswahl 2013**

Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung in der Uthlande

Forderung der Insel- und Halligkonferenz:

1. Beschleunigung des Stromnetzausbaus von Nordfriesland zu den Ballungsgebieten
2. Ausbau der Investitionsbank mit der Energie-Agentur zu einem fachlichen und fördertechnischen Beratungszentrum für Kommunen, Betriebe und Privathaushalte
3. Unterstützung bei der Entwicklung der Modellregion Uthlande für Elektromobilität
4. Sicherstellung, dass der landesweite Netzausbau umgehend zukunftsfähig umgesetzt wird, so dass der im Norden Deutschlands produzierte Windstrom eingespeist werden kann. Dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Energiewende.

Wie können Sie die Inseln und Halligen unterstützen, im Spannungsfeld von Küstenschutz, Naturschutz, Anpassung an den Klimawandel, Regionalplanung und kultureller Identität, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten?

CDU	SPD	GRÜNE
<p>Gerade die Insel- und Halligwelt im Wattenmeer muss ein Interesse an einem wirksamen weltweiten Klimaschutz haben, um den anstieg des Meeresspiegel entgegen zu wirken. Auf dieses Ziel ist die Klimapolitik der CDU ausgerichtet, die ich unterstütze. Dazu gehört auch der Umbau des Energiesystems, auf eine Vollversorgung aus erneuerbaren Energien. Die Küstenregion der Nordsee leistet hierzu einen wichtigen Beitrag und profitiert davon. Offshore-Windparks gehören zu diesem Konzept dazu. Für Kommunen, Betriebe und Privathaushalte gibt es im Energiesektor bereits zahlreiche Beratungsangebote. Soweit hier Koordinierungs- und Verbesserungsbedarf besteht, ist dies Aufgabe der Landesregierung Schleswig-Holstein.</p> <p>Neben der Stromversorgung geht es auch um Mobilität: Auch hier wollen wir den Anstieg von konventionellen zu erneuerbaren Energieträgern forcieren.</p> <p><u>Unterstützung bei der Entwicklung der Modellregion Uthlande für Elektromobilität:</u></p> <p>Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität auf- und auszubauen. Bereits im Jahre 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf unseren Straßen fahren. Um dies zu erreichen, gibt es vom Bund einige zielgerichtete Programme und Fördermöglichkeiten. So wurden von 2009 bis 2011 im</p>	<p>Der Stromnetzausbau ist das zentrale Nadelöhr der Energiewende. Ohne leistungsfähige Netze werden die erneuerbaren Energien zunehmend abgeschaltet werden müssen, weil ihr Strom nicht zu den Verbrauchszentren kommt. In drei Schritten sind die Genehmigungsverfahren seit 2009 beschleunigt worden. Ein nennenswerter Erfolg ist bislang nicht ersichtlich. Auch wenn zuletzt durch einen Bundesnetzentwicklungsplan ein breit abgestimmtes Ausbauszenario vorliegt, so gibt es doch immer noch Risiken, die bei der Finanzierung Probleme bereiten. Wir schlagen daher vor, dass der Bund zusammen mit den Ländern eine eigene Netzgesellschaft gründet und den weiteren Netzausbau und somit auch alle Risiken übernimmt. Diese Netzgesellschaft sorgt auch für ein transparentes Verfahren, damit alle Betroffenen Gemeinden und Bürger an der Trassenfestlegung mitwirken können.</p> <p>Der vollständige Umbau der Energieversorgung und das Einsparziel von 50 Prozent bis 2050 werden nur gelingen, wenn der Einsatz von Energie so effizient wie möglich erfolgt. Dazu bedarf es neuer Technologien und viel Beratung. Wer kennt schon die Effizienzpotentiale in seinem Haushalt und hat einen Marktüberblick zu den verfügbaren Technologien? Der Ausbau der Investitionsbank mit der Energieagentur zu einem Beratungszentrum ist ein interessanter Vorschlag, den wir in</p>	<p>Die deutsche Nordseeküste eignet sich in besonderem Maße für den Ausbau der Windkraft, on- und offshore. Zugleich ist uns Grünen aber sehr bewusst, dass wir unsere Verantwortung für den für Mensch und Natur einzigartigen Lebensraum Wattenmeer, der durch Nationalpark und Weltnaturerbe geschützt ist, ernst nehmen müssen. Beim Ausbau der Offshore-Windkraft ist dieser einzigartigen Natur Rechnung zu tragen. Dies bedeutet auch, Schiffsunfällen möglichst vorzubeugen, das Kollisionsrisiko für Vögel zu mindern und Lärm zum Schutz der Meeressäuger zu vermeiden.</p> <p>Das Wattenmeer unterliegt vielfältigen Nutzungsinteressen, die sich summieren. Ein Beispiel ist die Verkabelung: neben den verschiedenen Offshore-Stromkabeln werden immer wieder auch verschiedenste Kommunikationskabel und Hochspannungsverbindungen gebraucht. Hier müssen die Nationalparke bei der Querung möglichst gemieden und die Kabel bevorzugt in schon gestörten Lebensräumen verlegt werden, z. B. in der Nähe der Schifffahrtswege im Bereich von Ems, Weser oder Elbe. Wo dies nicht möglich ist, müssen die Medien gebündelt und zu gemeinsamen Kabeltrassen zusammengefasst werden.</p> <p>Wir Grüne sind für eine Beschleunigung des Netzausbaus, damit es gerade im windreichen Norden Deutschlands nicht</p>



CDU	SPD	GRÜNE
<p>Rahmen des Konjunkturpakets II insgesamt 500 Millionen Euro zum Ausbau und für die Marktvorbereitung der Elektromobilität zur Verfügung gestellt. Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vorgestellte Förderschwerpunkt „Elektromobilität in Modellregionen“.</p> <p>Auch die CDU sieht in der Elektromobilität große Chancen und setzt daher auf moderne Technologien wie alternative Antriebe. Aktuell existieren bundesweit acht Modellregionen, durch die 200 Einzelprojekte mit mehr als 115 Millionen Euro gefördert werden. Hierbei werden Akteure aus Wissenschaft, Industrie und den beteiligten Kommunen zusammengebracht, damit der Aufbau einer Infrastruktur und die Verankerung der Elektromobilität im öffentlichen Raum bestmöglich vorangebracht werden kann. Gern unterstütze ich persönlich die Uthlande dabei, die Erfahrungen aus den Modellregionen für die Uthlande nutzbar zu machen.</p> <p><u>Sicherstellung, dass der landesweite Netzausbau umgehend zukunftsfähig umgesetzt wird, so dass der im Norden Deutschlands produzierte Windstrom eingespeist werden kann. Dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Energiewende:</u></p> <p>Um die Energiewende erfolgreich zu gestalten, sieht die CDU den Ausbau und die Modernisierung der Stromnetze als zentralen Baustein an.</p> <p>Um den Netzausbau voranzutreiben, hat die Koalition im Bundestag mehrere Gesetze beschlossen. Das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) und das Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) tragen zur Beschleunigung des Leitungsausbaus bei. Durch den Netzentwicklungsplan und das darauf basierende Bedarfplangesetz wurde zudem ein weiterer Meilenstein zur Umsetzung der Energiewende gesetzt, der auch für die Anbindung der im Küstenbereich produzierten Energie von Bedeutung ist. So sieht der Bedarfsplan unter anderem die „Westküstentrasse“ vor, die auf einer 380kV-Höchstspannungsleitung zwischen Niebüll und Brunsbüttel Strom transportiert. Die genaue Trassenführung muss jetzt in einem transparenten Verfahren mit frühzeitiger Bürgerbeteiligung entwickelt werden.</p>	<p>der kommenden Wahlperiode weiter verfolgen werden. Die fachliche Beratung gepaart mit einer Förderübersicht treffen die Bedürfnisse der Investoren.</p> <p>Die Entwicklungsziele der Elektromobilität wurden euphorisch sehr hoch angelegt. Wenn es wie bisher weiter geht, werden wir bis 2020 nicht einen Bruchteil der gewünschten Elektrofahrzeuge auf den Straßen haben. Noch sind neben der Batterietechnik viele ganz praktische Fragen für die alltägliche Nutzung offen. Neben der Standardisierung sind auch Nutzungsroutinen unbestimmt. Modellregionen für die Erprobung der Tauglichkeit im alltäglichen Gebrauch sind sicherlich hilfreich, um Schwäche zu erkennen und frühzeitig abzustellen. Wenn sich die Region Uthlande dafür zur Verfügung stellt, sind wir sicherlich schon einen Schritt weiter.</p> <p>Die von uns vorgeschlagene Netzgesellschaft von Bund und Ländern (siehe Punkt 1) wird die zügige Realisierung den notwendigen Netze sicherstellen.</p>	<p>mehr zu Abregelungen kommen muss.</p> <p>Die öffentliche Akzeptanz des Netzausbaus wird durch die zahlreichen Informationsveranstaltungen der letzten Monate und den BürgerInnen-dialog gefördert. Der Netzausbau muss aber auch eindeutig auf die Beförderung der Erneuerbaren Energien abzielen und auf ein notwendiges Minimum beschränkt bleiben. Eine Kappung der Leistungsspitzen, wie von der Branche selbst mit vorgeschlagen, kann hierbei hilfreich sein.</p> <p>Wir Grünen wollen zudem Modelle der BürgerInnenbeteiligung voranbringen: zum einen bei der finanziellen Beteiligung am Ausbau der Netze, aber auch bei den Bürgerwindparks. Hier sind die Menschen auf den Inseln und Halligen bislang benachteiligt, da Inseln und Halligen auf Grund ihrer besonderen Lage und Schönheit möglichst nicht mit Windkraftanlagen bebaut werden sollen. So muss den BewohnerInnen eine Beteiligung an Bürgerwindparks am Festland ermöglicht werden.</p> <p>Auch die Elektromobilitätsmodellregion Uthlande ist für uns Grüne ein positives Modell, wie Akzeptanz geschaffen werden kann.</p> <p>Für Schwarz-Gelb geht Netzausbau immer nur gegen lokalen Widerstand – wir hingegen setzen auf frühzeitige lokale Partizipation im Planungsprozess. Modelle einer „Bürgerdividende“ sind bei Minister Altmaier nur unverbindliche Phrasen - wir aber wollen hier konkret werden.</p>

FDP	Die Linke	PIRATEN
<p><u>Ihre Forderung 1 und 4.</u> wird von der FDP unterstützt.</p> <p><u>Zu Ihrer Forderung 2:</u> Und auch zu ihren späteren Fragen zur Energieeffizienz: Die Mittelstandsinitiative Energiewende unterstützt die Unternehmen dabei, ihre Energieeinsparpotentiale zu erkennen und zu nutzen. Die auch von Bundeswirtschaftsminister Philip Rösler und dem Gewerbe seit Januar 2013 getragene „Mittelstandsinitiative Energiewende“ unterstützt den deutschen Mittelstand bei der Umsetzung der Energiewende. Ziel ist es, weitere Energieeinsparpotentiale in den Betrieben zu heben und ihre Energieeffizienz zu verbessern. In dem Förderprogramm „Energieberatung Mittelstand“ werden Energieberatungen für kleine und mittlere Unternehmen bis zu 80 Prozent über die KfW gefördert. Dies will die FDP fortsetzen. Kommt es schließlich zu konkreten Energieeinsparinvestitionen, stehen zinsgünstige Darlehen über die KfW bereit. Im Zuschussprogramm für hocheffiziente Querschnittstechnologien wurden speziell für kleine und mittlere Unternehmen finanzielle Anreize für Investitionen in energiesparende Technologien geschaffen, wie etwa für hocheffiziente Elektromotoren, Pumpen, Druckluftsysteme und raumlufttechnische Anlagen.</p> <p>Ferner gibt es umfangreiche Energieberatungen für private Haushalte: Über die Verbraucherzentralen fördert das Bundeswirtschaftsministerium Energieberatungen für Privathaushalte – für einkommensschwache Haushalte sogar kostenlos. Seit September 2012 wird das Angebot durch mobile „Energie-Checks“ von Haushalt, Gebäude und Haustechnik ergänzt. Eine Liste der Energieberater, die hierfür wie auch für die Bundesprogramme „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ zugelassen sind, kann unter www.energieeffizienz-experten.de abgerufen werden. Darüber hinaus sind die Neufassung des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes und die Novelle der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung ein wichtiger Schritt zur Steigerung der Energieeffizienz im Produktbereich. Ziel ist es, die aus dem Haushaltsbereich bekannte und erfolgreiche farbige Effizienzskala auf weitere Produkte auszudehnen. Schließlich soll auf den Internetseiten des Verkehrs- und Wirtschaftsministeriums ein sogenannter</p>	<p>Als Bundestagsfraktion liegt unser Fokus naturgemäß auf der Gestaltung ambitionierter bundespolitischer Vorgaben, um den Klimaschutz in den verschiedenen Regionen Deutschlands voranzubringen. Ausgangspunkt für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien auch zum Zwecke ambitionierten Klimaschutzes ist zunächst ein Abschied von der heute noch dominierenden fossil-nuklearen Stromversorgung. Wir fordern daher einen unverzüglichen Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atomkraft und klare Vorgaben für einen geordneten Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2040 durch ein Kohleausstiegsgesetz. Wir wollen den Ausstoß an Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 halbieren und streben einen Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung von fünfzig Prozent bis 2020 an. Dazu muss das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seinen zentralen Säulen – vorrangige Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien und garantierte, kostenorientierte Vergütungssätze – erhalten bleiben. Gleichzeitig wollen wir das EEG so fortentwickeln, dass erneuerbare Energien mit steigendem Anteil einen stärkeren Beitrag zur Versorgungssicherheit der Stromversorgung leisten. Im Gegensatz zum sprunghaften, konzeptlosen Vorgehen in der Energiepolitik der Bundesregierung in den letzten vier Jahren würde dies die Planungssicherheit für die Erneuerbaren-Branche und damit auch den Ausbau erneuerbarer Energien in den Regionen stärken, auch auf den Inseln und Halligen.</p> <p>Wir setzen auf eine vorrangig dezentrale und regionale Versorgung mit erneuerbaren Energien. Dazu wollen wir uns u.a. für den verstärkten Einsatz von Photovoltaik und Solarthermie auf öffentlichen Gebäuden sowie für den verstärkten Ausbau von Blockheizkraftwerken einsetzen. Diese Formen der Energiegewinnung weisen die geringsten Nutzungskonflikte mit Zielen des Naturschutzes und anderer Formen der Landnutzung auf. Zusammen mit der von uns geforderten Offensive bei der Forschung und Entwicklung von Stromspeichern ergeben sich daraus gerade für Insellagen interessante Perspektiven eines möglichst hohen Grades energetischer Eigenversorgung. Ein Mosaikstein kann dabei auch der Ausbau der Elektromobilität als zusätzliche</p>	<p>Die Piratenpartei steht für eine Energiepolitik der Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit. Daher setzen wir uns für eine schnellstmögliche Umstellung von fossilen Brennstoffen und Atomkraft auf regenerative Energiequellen ein. Regenerative Energieträger sollen dabei jedoch nicht in Konkurrenz zu der Ernährung oder der Ressourcenschonung stehen. Um dies zu erreichen, streben wir eine dezentrale Versorgung an, denn diese ermöglicht sowohl regionale Eigenversorgung als auch übergreifende Verbundlösungen. Der gleichberechtigte Netzzugang einer Vielzahl von Erzeugern mit großen regionalen Unterschieden in Erzeugungskapazität und zeitlicher Verteilung erfordert den verstärkten Einsatz intelligenter Managementsysteme.</p> <p>Um die Energiewende für den Bürger bezahlbar zu machen, muss sie solidarisch finanziert werden. Die Zahl der von der EEG-Umlage befreiten Unternehmen muss deutlich reduziert werden. Nur Unternehmen, die tatsächlich von den niedrigen Strompreisen existenziell abhängig sind, sollen eine Reduzierung oder Befreiung erhalten. Die Reduzierung oder Befreiung soll dabei auch von durchgeführten oder geplanten Maßnahmen zur Energieeffizienz und Lastflexibilisierung dieser Unternehmen abhängig sein.</p> <p>Beim Bau neuer Windparks und Stromtrassen sollen die Bürger bereits in der frühen Planungsphase informiert und an der Planung beteiligt werden. Auf diese Weise soll eine größere Akzeptanz der nötigen Baumaßnahmen in der Bevölkerung gesichert und eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung gefunden werden. Die Beteiligung darf aber nicht erst einsetzen, wenn wichtige Entscheidungen wie etwa Freiluftleitungen statt Erdverkabelung bereits im Vorwege getroffen wurden. Vor allem im Bereich der Überspannung müssen größere Abstandswerte festgelegt werden.</p>

FDP	Die Linke	PIRATEN
<p>„virtueller Gebäudesanierer“ angeboten werden. Dieser ermöglicht es Immobilieneigentümern, eine Komplettisanierung oder einzelne energetische Maßnahmen virtuell „durchzuspielen“. Sie können sich so einen ersten Überblick über die Möglichkeiten, Einsparpotentiale und Kosten einer Sanierung sowie über bestehende Förderprogramme verschaffen.</p> <p><u>Zu Ihrer Forderung 3:</u> Das Konjunkturprogramm II mit den 500 Mio. € Projektmitteln für die Ausgestaltung von Elektromobilitätsmodellregionen ist 2011 ausgelaufen. Die Strategie der FDP für eine klimaverträgliche Mobilität orientiert sich an kurz-, mittel- und längerfristigen Perspektiven. Kurzfristig greifende Maßnahmen zugunsten klimaverträglicher Mobilität sind die Verringerung von Staus, die Implementierung intelligenter Verkehrsmanagementsysteme, verbesserte Luftraumstrukturen im Flugverkehr sowie kapazitätssteigernde Leit- und Sicherungstechnik im Schienenverkehr. Gleichzeitig muss die technische Optimierung und Verbrauchssenkung bei Fahrzeugen und Antriebstechniken vorangetrieben werden. Mittelfristig will die FDP die Einbeziehung des Verkehrs in den Emissionshandel, mit der auch die Ausbreitung elektromotorischer Antriebe vorangetrieben wird. Hinzu kommen als längerfristig greifende Maßnahmen neue Kraftstoffkonzepte für Bio-Kraftstoffe der dritten Generation, Wasserstoff in der Nutzungsform Brennstoffzelle und H₂-Verbrennung sowie die als zentraler Bestandteil die Elektromobilität. Die Förderung der Elektromobilität wurde durch Maßnahmen der christlich-liberalen Regierungskoalition wesentlich vorangetrieben. Stichworte sind hier die „Nationale Plattform Elektromobilität“, der „Nationale Entwicklungsplan Elektromobilität“, das „Regierungsprogramm Elektromobilität“ und zuletzt das „Förderprogramm Schaufenster Elektromobilität“.</p>	<p>Möglichkeit der Stromspeicherung sein. Auch wenn wir in der Fläche (des Festlandes) den Ausbau der Elektromobilität nicht als Schwerpunkt einer nachhaltigen Verkehrspolitik sehen, weist sie für Insellagen unbestreitbare Vorteile auf. Wir wollen daher die bestehende Förderung der Elektromobilität stärker auf Insellagen und geschlossene Flottensysteme konzentrieren, was unmittelbar auch der Modellregion Uthlande zu Gute kommen könnte. Die Probleme beim Netzausbau gerade in den norddeutschen Küstenregionen haben uns darin bestärkt, die Bereitstellung einer so zentralen Infrastruktur wie der Stromnetze in öffentliche Hände statt in die Hände weniger privater Netzbetreiber zu legen. Die Erfahrungen in anderen Infrastrukturprojekten zeigen zudem, dass durch eine frühzeitige Bürgerbeteiligung der trotz einer dezentralen Energieversorgung noch notwendige Netzausbau deutlich beschleunigt werden kann. Wenn in den kommenden Jahren, wie von uns beabsichtigt, vermehrt auch alte Kohle- und Atomkraftwerke vom Netz gehen, ist gerade im Norden auch „mehr Platz im Netz“ für sauberen Windstrom. Dabei legen wir einen Fokus auf den weiteren Ausbau bzw. das Repowering von Windenergie auf dem Land. Mit Blick auf die Meeresschutzgebiete in der Nordsee und der Einzigartigkeit der landschaftlichen Ausprägung und Naturlandschaft der Halligen und Inseln muss der Ausbau der erneuerbaren Energien strengen naturschutzfachlichen Kriterien genügen und darf nur mit Augenmaß, im Ausgleich mit den konkurrierenden Interessen durch eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgen, wozu auch der Naturtourismus zählt.</p> <p>Um die Anstrengungen zur Energieeinsparung zu fördern, fordert DIE LINKE neben strengeren Verbrauchsgrenzwerten durch ein sogenanntes Top-Runner-Programm die Errichtung eines Energieeffizienz-Fonds. Dieser umfasst ein breites Portfolio von Energieeffizienz-Programmen, die das Energiesparen für private Haushalte, Unternehmen und die öffentliche Verwaltung erleichtern, und ist mit jährlich 2,5 Mrd. Euro ausgestattet. Die Programme dieses Energiesparfonds bieten auch allen Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Kommunen der Insel und Halligen neue Fördermöglichkeiten für Investitionen zur Minderung des eigenen Energieverbrauchs.</p>	

FDP	Die Linke	PIRATEN
	<p>Trotz aller Bemühungen beim Klimaschutz zeigen die immer neuen Rekordwerte beim weltweiten Ausstoß an Treibhausgasen deutlich: die globale Erwärmung und damit ein Anstieg der Meeresspiegel wird nur noch zu begrenzen, nicht mehr zu verhindern sein.</p> <p>Deswegen muss gerade in Küsten- und Insellagen die Regional- und Raumplanung konsequent auf den voranschreitenden Klimawandel ausgerichtet sein. Die Ziele der Anpassungsstrategie an den Klimawandel der Bundesregierung müssen kontinuierlich an die fortschreitende Entwicklung des Klimawandels angepasst und, viel wichtiger, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern der jeweiligen Regionen mit konkreten Umsetzungsstrategien unteretzt werden. Die Küstenregionen und Inseln müssen dabei im Fokus stehen und durch Förderprogramme des Bundes unterstützt werden.</p>	

Küstenschutz: CO₂ Endlagerung und Küstenschutzabgabe

Forderung der Insel- und Halligkonferenz:

1. Keine CO₂ Verpressung in Nordfriesland, unter dem Wattenmeer oder der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ). Das ist mit dem Nationalparkstatus und dem UNESCO Biosphärenstatus nicht vereinbar.
2. Die CCS Technologie ist bestenfalls eine Übergangstechnologie, die den Weg zu einer sicheren, nachhaltigen Energieversorgung nicht sichert, sondern verzögert. Auch die Technik des sogenannten Fracking wird abgelehnt.
3. Die Bundesregierung soll alle Energieeinsparpotentiale nutzen, die Chancen für erneuerbare Energien zu verbessern sowie die Forschung zur Wiederverwertbarkeit von CO₂ voranbringen
4. Im Katastrophenfall sind die Insel und Halligen im ersten Zugriff beim Hochwassermanagement auf sich alleine gestellt. Gleichzeitig wird die Gleichstellung der Inselwehren mit dem THW und die Sicherstellung einer frühzeitigen Einbindung in deren Strukturen und Kommunikationswege gefordert.
5. Eine Umlage der Finanzierung auf die Eigentümer in den überflutungsgefährdeten Küstenniederungen lehnen wir ab, da es sich um gesellschaftliche Aufgabe handelt.

Wie können Sie dazu beitragen, die CCS Technologie inklusive des Fracking bundesweit und länderübergreifend zu verhindern?

Wie können Sie gewährleisten, die Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz auch im Rahmen des Klimawandels sicherzustellen?

CDU	SPD	GRÜNE
<p><u>Keine CO₂ Verpressung in Nordfriesland, unter dem Wattenmeer oder der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ), das ist mit dem Nationalparkstatus und dem UNESCO Biosphärenstatus nicht vereinbar:</u></p> <p>Durch das von der Koalition aus CDU/CSU und FDP eingebrachte CCS-Gesetz, das 2012 beschlossen wurde, verfügt derzeit jedes Bundesland über ein wirksames Instrument, die Speicherung von CO₂ auf seinem Gebiet definitiv ausschließen zu können. Für diese Länderklausel habe ich mich auch persönlich eingesetzt. Dies ist ein großer Erfolg für Schleswig-Holstein und für seine Menschen, die von einer unterirdischen Speicherung betroffen gewesen wären. So bleibt es auch weiterhin unser Ziel, CCS bei uns auszuschließen.</p> <p>In der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ), das heißt dem Gebiet jenseits der 12-Meilen-Zone, ist eine Speicherung von CO₂ zur Zeit kein Thema. Daher ist die aktuelle Spekulation über eine mögliche CO₂-Speicherung in der AWZ eine theoretische Diskussion. Für das Weltnaturerbe Wattenmeer kann das Land Schleswig-Holstein mit der Länderklausel CCS ausschließen.</p> <p><u>Die CCS Technologie ist bestenfalls eine</u></p>	<p><u>Punkte 1-3:</u></p> <p>Wir werden den Klimawandel bekämpfen und bis zum Jahr 2050 unsere CO₂-Emissionen um mindestens 95 % im Vergleich zum Basisjahr 1990 absenken. Dazu ist ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz notwendig, das Zwischenschritte in den Zielen festlegt. Wir wollen mit einer Energiewende zu einer nachhaltigen Energieversorgung gelangen. Diese muss die Umwelt deutlich weniger belasten und die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius begrenzen.</p> <p>Dazu brauchen wir vor allem die Energieeinsparung und die Steigerung der Energieeffizienz und langfristig den kompletten Umstieg von den fossilen auf die erneuerbaren Energieträger. Im Bereich der CO₂-Emissionen gilt daher für die SPD der Grundsatz: Vermeidung und Wiederverwertung vor Verpressung.</p> <p>CCS ist zunächst eine Technologie im Entwicklungsstadium. Viele Fragen sind noch offen, so sind mögliche Risiken wie Grundwasserbelastungen und weitere Risiken für Mensch und Natur nicht ausgeräumt. Neben insgesamt hohen Kosten fehlt jeder Nachweis einer Langzeitsicherheit und somit ist eine Verpressung unter der Nordsee nicht zu verantworten, weil Austritte von CO₂ nicht zu kontrollieren wären.</p>	<p>Wir lehnen die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) an fossilen Kraftwerken ab. Das Verhalten von CO₂ im Untergrund und die Gefahren für die Bevölkerung sind vollkommen ungeklärt. Hinzu kommen ungelöste Fragen im Hinblick auf den Transport über weite Strecken und der sicheren und dauerhaften Endlagerung des abgeschiedenen CO₂. CCS behindert tatsächlich den Klimaschutz und die Energiewende. Deshalb haben wir im Bundestag und im Bundesrat daran gearbeitet, dass CCS in Deutschland nicht eingesetzt wird.</p> <p>Bis zum Jahr 2020 wollen wir den Anteil der Erneuerbaren Energien mindestens verdoppeln und schon möglichst bis 2030 die Stromversorgung Deutschlands auf 100% Erneuerbare Energien umstellen. Bei diesem Grünen Ausbaupfad für Erneuerbare Energien ist überhaupt kein Platz für eine CCS-Technologie, von der man vermutlich überhaupt erst nach 2020 wissen wird, ob sie großtechnisch einsetzbar ist. Abgesehen davon würde der Einsatz der CCS-Technik – vorausgesetzt sie funktionierte – die starre fossile Energieerzeugungsstruktur festigen und damit die Energiewende und den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv behindern.</p> <p>Außerdem reduziert die aufwändige CCS-Technik die Wirkungsgrade der ohnehin schon wenig effizienten</p>

CDU	SPD	GRÜNE
<p><u>Übergangstechnologie, die den Weg zu einer sicheren, nachhaltigen Energieversorgung nicht sichert, sondern verzögert. Auch die Technik des zum sogenannten Fracking wird abgelehnt.</u></p> <p>für die CDU ist klar: gefahren für die Menschen und unser Trinkwasser darf es durch Fracking nicht geben. Sicherheit hat absoluten Vorrang. Gasgewinnung mit gesundheits- oder umweltgefährdenden Chemikalien darf es nicht geben. Dafür müssen die entsprechenden Gesetze verschärft werden. Für dieses Ziel habe ich mich bereits im Bundestag eingesetzt und werde dies auch weiterhin tun.</p> <p><u>Die Bundesregierung soll alle Energiesparpotentiale nutzen, die Chancen für Erneuerbare Energie zu verbessern sowie die Forschung zur Wiederverwertbarkeit von CO2 voranbringen.</u></p> <p>Auch im Bereich der Energieproduktivität und dem Ausstoß von CO2-Emissionen hat Deutschland sich ehrgeizige Ziele zum Klimaschutz gesetzt. Um diese zu erreichen, ist eine Intensivierung der Forschungs- und Entwicklungsbemühungen aller beteiligten Akteure unverzichtbar. Besonders die chemische Industrie als Querschnitts- und Basisindustrie kann hier viel zur Bewältigung der durch den Klimawandel gestellten Herausforderungen beitragen. Dies wird auch von der Bundesregierung anerkannt und unterstützt. Exemplarisch sind dabei Initiativen im Rahmen des Masterplans Umwelttechnologien und der Hightech-Strategie der Bundesregierung im Innovationsfeld Umwelttechnologien, wie die Förderrichtlinie „Technologien für Nachhaltigkeit und Klimaschutz – Chemische Prozesse und stoffliche Nutzung von CO2“. Durch eine Gesamtfördersumme wird die Forschung zur Wiederverwendbarkeit von CO2, die Reduzierung von Treibhausgasemissionen sowie die Erhöhung der Energieeffizienz aktiv vorangetrieben.</p> <p><u>Im Katastrophenfall sind die Insel und Halligen im ersten Zugriff beim Hochwassermanagement auf sich alleine gestellt. Gleichzeitig wird die Gleichstellung der Inselwehren mit dem THW und die Sicherstellung eine frühzeitigen Einbindung in deren Strukturen und Kommunikationswege gefordert.</u></p> <p>Der Bund wird auch in Zukunft seine Verpflichtung im Rahmen</p>	<p>Unser Ziel ist der Umstieg auf eine erneuerbare Energieversorgung. Als letzte Rückfalloption vor allem in der Industrie darf man CCS aber gerade vor dem Hintergrund unserer Verpflichtungen im Klimaschutz nicht völlig aus den Augen lassen. Möglicherweise kann CCS in der Zukunft im Bereich der Industrie mit unvermeidbaren Prozessemissionen einen Teil zur Erreichung unserer Ziele beitragen und vor allem in der Stahl-, Chemie- oder Zementbranche einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. In diesem Zusammenhang ist es aber auch angezeigt, alternative Produktionsmethoden und stoffliche Alternativen wie das Recycling von CO2 zu erforschen.</p> <p>Das CCS-Gesetz gilt bundesweit und jedes Bundesland kann sich auf die Länderklausel verlassen.</p> <p>Um die Auswirkungen und Risiken der FRACKING-Technologie zu beurteilen, fehlen ebenfalls noch viele und grundlegende Informationen. Wir setzen uns für einen Verzicht des Einsatzes von FRACKING ein, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden. Dieses Moratorium soll solange gelten, bis FRACKING-Methoden ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, die zu einer schädlichen Veränderung des Grund- und Trinkwassers führen, zur Verfügung stehen.</p> <p><u>Punkte 4 und 5:</u></p> <p>Der Katastrophenschutz liegt in der Verantwortung der Länder.</p>	<p>Kohlekraftwerke auf das Niveau der 1950er Jahre (höchstens 35 Prozent statt 45 Prozent). Die Folge ist ein um ein Drittel erhöhter Kohleverbrauch.</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen sind auch ohne Wenn und Aber gegen Fracking (nicht nur) im Wattenmeer. Die Förderung von unkonventionellem Erdgas trägt ein zu hohes Risiko. Die erwarteten Mengen sind zudem zu gering, um einen dämpfenden Einfluss auf die Preise auszuüben. Gleichzeitig ist eine solche Fördertechnik mit hohen Risiken in Hinblick auf Grundwässer, Abwässer und auch auf das Erdbebenrisiko belastet. Ganz zu schweigen vom besonderen Schutz und der besonderen Empfindlichkeit des Weltnaturerbes Wattenmeer, das eine weltweit einmalige Fauna und Flora beherbergt, für die wir eine besondere Verantwortung tragen.</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen sind sich der hohen Bedeutung der Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz insbesondere auch unter den Auswirkungen des Klimawandels bewusst. In unseren Vorschlägen zur Debatte des Bundesagrarhaushaltes in den letzten Jahren haben wir deswegen trotz des hohen Drucks zur Konsolidierung eine Fortschreibung des bisherigen Haushaltsansatzes vorgesehen und streben dies auch für die Zukunft an. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gemeinschaftsaufgabe künftig um die Aufgabe <i>Anpassung an Klimafolgen</i> und insbesondere einen besseren Hochwasserschutz ergänzt wird und dafür auch entsprechende Mittel bereitgestellt werden.</p> <p>Wichtig ist uns Grünen aber auch, die Mittel so zu vergeben, dass sie neben der Sicherheit der Menschen auch dem Schutz des Wattenmeeres bzw. der Schutzgebiete an der Ostsee dienen.</p> <p>Entscheidend ist es aus unserer Sicht, dem durch den Klimawandel beschleunigten Anstieg des Meeresspiegels, welcher in der Zukunft die größte Bedrohung für das Weltnaturerbe Wattenmeer sein wird, zu begegnen. Der Meeresspiegelanstieg kann in der flachen Landschaft der Nordseeküste besonders gravierende Auswirkungen für Mensch und Natur haben. Wattflächen und Salzwiesen drohen dauerhaft überflutet zu werden, auch Inseln können in Gefahr geraten. Ein sinnvoller Küstenschutz setzt hier auch auf Anpassung an den Klimawandel, etwa durch Ablagerung</p>

CDU	SPD	GRÜNE
<p>des Küstenschutzes wahrnehmen. Die von den Ländern durchgeführten Maßnahmen zum Küstenschutz können durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und die in dessen Rahmen durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) bereitgestellten Mittel gefördert werden. So können bis zu 70% der Investitionskosten solcher Maßnahmen durch den Bund übernommen werden. Auf diese Weise können unter anderem der Neubau, die Verstärkung und die Erhöhung von Küstenschutzanlagen oder Vorlandarbeiten vor Deichen ohne Deichvorland unterstützt werden.</p> <p>In Zukunft muss sich der Bereich des Küstenschutzes den Herausforderungen des Klimawandels stellen und anpassen. Dementsprechend haben wir im Jahr 2009 ein Sonderrahmenprogramm im Rahmen der GAK aufgelegt, mit dem die zusätzlich notwendig gewordenen Maßnahmen finanziert werden können. Jährlich stehen hierfür nun zusätzlich 25 Mio. Euro bereit. Insgesamt stellt der Bund 138,6 Mio. Euro Bundesmittel jährlich für Küstenschutzmaßnahmen bereit. Die Umsetzung und Organisation des Katastrophenschutzes ist Landes- bzw. Kreisaufgabe. Wichtig ist die Optimale Zusammenarbeit aller Beteiligten Organisationen, auch unter Einbeziehung des THW als Bundeseinrichtung. Dazu finden regelmäßig entsprechende Übungen statt.</p> <p><u>Eine Umlage der Finanzierung auf die Eigentümer in den Überflutunggefährdeten Küstenniederungen lehnen wir ab, da es sich um gesellschaftliche Aufgaben handelt.</u></p> <p>Die Bewohner auf den Inseln und an der Küste zu einer Sonderabgabe heranzuziehen lehne ich ab. Gerade im Land zwischen den Meeren muss der Küstenschutz von allen Menschen im Land wie bisher als Solidaraufgabe wahrgenommen werden. Dies gilt um so mehr, da die Menschen an der Küste auch nicht Verursacher, sondern erste Leidtragende des Klimawandels und des Meeresspiegelanstieges sind. Es handelt sich jedoch um eine landespolitische Entscheidung, die nicht in der Zuständigkeit des Bundestages liegt.</p>		<p>von Schlick und Sand, damit das Watt mit dem Meeresspiegel mitwachsen kann. Aus grüner Sicht brauchen wir Klimafolgenforschung zu der Frage, wie eine natürliche Anpassung an den Meeresspiegelanstieg gefördert werden kann. Denn nur so können wir die einmalige Küstenlandschaft an der Nordsee auch langfristig erhalten.</p>

FDP	Die Linke	PIRATEN
<p>Wegen des sich abzeichnenden Klimawandels ist es notwendig, die laufende Verstärkung der Küstenschutzanlagen zu beschleunigen oder im Einzelfall auch zu ergänzen. Deshalb hat die FDP das Sonderprogramm für die Küstenländer über den GAK-Sonderrahmenplan für die Jahre 2009 bis 2025 unterstützt. Für Küstenschutzmaßnahmen in Folge des Klimawandels werden zusätzlich 25 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt.</p> <p>Ihre Forderungen 1 und 2 haben sich letztlich erledigt, da die Beratungen in den letzten Jahren gezeigt haben, dass unabhängig von allen fachlichen Erwägungen weder im Bundestag noch im Bundesrat Mehrheiten für die CO2-Speicherung zu erreichen sind. Damit wird die CO2-Speicherung in Deutschland keine Rolle spielen und nicht weiter verfolgt.</p> <p>Die FDP ist sich selbstverständlich bewusst, dass Energieeffizienz einer der Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich Energie darstellt und ihr Handeln in der ablaufenden Legislaturperiode darauf ausgerichtet. Deswegen haben wir jetzt auch noch eine Verschärfung der Energieeinsparverordnung vor der Wahl auf den Weg gebracht.</p> <p>Weiterhin hat sich Bundeswirtschaftsminister Rösler in besonderer Weise für die Verbesserung der Rahmenbedingungen zum Aufbau von Offshore- Windparks eingesetzt. Die FDP weiß, dass die Energiewende nur zu schaffen ist, durch einen effizienten Ausbau erneuerbarer Energie und tritt deshalb für mehr marktwirtschaftliche Instrumente beim Ausbau der erneuerbaren Energie ein.</p> <p>Im Übrigen ist uns nicht bekannt, dass jemand eine Umlagenfinanzierung zum Küstenschutz fordert, die FDP jedenfalls nicht.</p> <p>Die FDP hat in langen Verhandlungen in der ablaufenden Wahlperiode versucht, die Union dazu zu bringen, das Fracking gesetzlich einzuschränken, da bislang bundesweit Fracking ohne besondere Auflagen erlaubt ist. Leider war die Union dazu nicht bereit. Die FDP will, dass künftig für Frackingmaßnahmen Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen sind und das Einvernehmen mit den zuständigen Wasserbehörden herzustellen ist. Damit wäre</p>	<p>DIE LINKE lehnt sowohl die Abscheidung und unterirdische Speicherung von CO2 (CCS) wie auch die unkonventionelle Förderung von Erdgas durch das sogenannte Fracking ab. Beides ist mit unverantwortlichen Risiken für Bevölkerung und Umwelt, insbesondere für das Trinkwasser, verbunden. Der Einsatz der CCS-Technologie bei Kohlekraftwerken würde zudem die zentrale Struktur der Stromversorgung zementieren, was unserem Ziel eines möglichst baldigen Umsternens auf eine vornehmlich dezentrale, erneuerbare Stromversorgung entgegensteht.</p> <p>DIE LINKE hat bereits im März 2011 einen Gesetzesentwurf für ein CCS-Verbotsgesetz in den Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 17/5232), der in Absprache mit Bürgerinitiativen erarbeitet wurde. Damit haben wir eine Alternative aufgezeigt, wie die CCS-Richtlinie der EU durch ein Verbot der Speicherung von CO2 im Untergrund umgesetzt werden kann. Diesem Gesetzesentwurf hat leider keine der anderen im Bundestag vertretenen Fraktionen zugestimmt. Gemeinsam mit den zahlreichen CCS-kritischen Bürgerinitiativen in Brandenburg, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt werden wir aber auch in der kommenden Wahlperiode den Druck gegen den Einstieg in die CCS-Technologie aufrecht erhalten und durch neue parlamentarische Initiativen die vermeintliche Alternativlosigkeit entlarven.</p> <p>Ähnliches gilt für unseren Einsatz für ein Verbot des Fracking. Hierzu haben wir im Juni 2011 (Bundestagsdrucksache 17/6097) und erneut im November 2012 (Bundestagsdrucksache 17/11328) Anträge für ein Verbot von Fracking in den Bundestag eingebracht. Auch hierzu fanden wir im Parlament keinerlei Zustimmung – auch nicht von den Grünen. Zusammen mit Bürgerinitiativen, zahlreichen Kommunen, der öffentlichen Wasserwirtschaft und anderen konnten wir dadurch aber Druck auf die Koalitionsfraktionen ausüben, die letztlich zum Scheitern des geplanten, völlig unzureichenden Fracking-Gesetzes geführt hat. Diese Rolle als parlamentarischer Arm der für ein Verbot streitenden Bürgerinnen und Bürger wollen wir auch in der kommenden Wahlperiode übernehmen.</p> <p>Angesichts des Klimawandels steht die Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz vor ganz neuen</p>	<p>Wir Piraten setzen uns dafür ein, unsere einzigartige Landschaft an der Küste zu erhalten und zu schützen, Kulturlandschaften wie die Halligen oder etwa Eiderstedt zu bewahren. Wir wehren uns daher gegen Maßnahmen, welche die Unversehrtheit unserer Natur gefährden, insbesondere Methoden wie Gasfracking oder CO2-Verpressung.</p> <p>Gerade beim Thema Fracking haben die Piraten bereits viel bewegt. Auf Antrag der Piraten hat sich der Umwelt-Ausschuss erstmals mit dem Thema beschäftigt. Auch eine entsprechende Online-Petition stammt von einer Piratin. Weitere Informationen hierzu finden sie unter: http://landesportal.piratenpartei-sh.de/fracking/ .</p> <p>Zur Zeit sind diverse Regionalgliederungen dabei, eine verbindliche Abstimmung über die Unterstützung der Korbacher Resolution durchzuführen. http://www.resolution-korbach.org/unterstaus-de.php</p>

FDP	Die Linke	PIRATEN
<p>ausgeschlossen, dass Frackingmaßnahmen Grundwasservorkommen gefährden könnten. Die FDP lehnt ein generelles Frackingverbot allerdings ab, weil es leichtfertig wäre, auf diese Gasreserven prinzipiell zu verzichten.</p>	<p>Herausforderungen. Umso mehr müssen die Defizite der Vergangenheit überwunden werden.</p> <p>Neben der unzureichenden Ausstattung mit Finanzmitteln muss auch der Zugang zu den Fördertöpfen erleichtert werden. Die Förderprogramme bzw. -maßnahmen müssen zudem enger mit den tatsächlichen Erfordernissen der Menschen vor Ort abgestimmt werden. Eine Finanzierung des Küstenschutzes (oder Teilen davon) über eine Umlage auf die in den überflutungsgefährdeten Küstenniederungen lebenden Menschen lehnen wir ab. Hier gilt das Solidarprinzip und damit eine anteilige Finanzierung aus Landes- und Bundesmitteln.</p> <p>Wir fordern eine stärkere Koordinierung der Strategie für ein integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM-Strategie) und der Anpassungsstrategie an den Klimawandel in Deutschland. Die Deich- und Küstenschutzanlagen müssen in Küstenregionen und auf Inseln bis Ende des Jahrhunderts mit Blick auf einen bis zu einen Meter höheren Meeresspiegel und dadurch häufigere Springfluten ertüchtigt werden. Nicht immer ist die schlichte Erhöhung der Deiche, wie sie derzeit viele Küstenländer planen, aber die beste oder ausreichende Lösung.</p> <p>Um ein Wandern des Watts zu ermöglichen und den ökologischen Aspekten Rechnung zu tragen, müssten die Deiche zumindest an einigen Stellen zurückverlegt werden. Auch die weitere Vertiefung von Außenweser und Außenelbe birgt hohe Risiken für den Hochwasserschutz und sollte deswegen zumindest zurückgestellt werden.</p>	

Küstenwache, Sicherheit auf See

Forderung der Insel- und Halligkonferenz:

1. Umsetzung der nationalen Küstenwache durch Zusammenfassung der Bundeseinheiten unter einem Kommando
2. Schaffung der rechtlichen Grundlagen für eine eindeutige Sicherheitsstruktur in der Nordsee und den Küstengewässern, die den neuen Herausforderungen der Meeresnutzung (Off-Shore Windparks, Rohstoffgewinnung, wachsender Schiffsverkehr) Rechnung trägt: Sicherheitskonzept für Off-Shore Windparks, grenzüberschreitende Raumplanung, europäische Nordseestrategie.
3. Grenzüberschreitende Raumplanung im Küstenbereich und der allgemeinen Wirtschaftszone

Was unternehmen Sie, damit die nationale Küstensicherheit in naher Zukunft langfristig eingerichtet wird? Wie können Sie uns an den Schnittstellen zu den dänischen Nachbarn unterstützen?

CDU	SPD	GRÜNE
<p>Die bisherigen Maßnahmen wie die Schaffung des Havariekommandos (HK), des Maritimen Lage- und Sicherheitszentrums und anderer organisatorischer Maßnahmen sind nicht beziehungsweise nur eingeschränkt geeignet, die Effizienz der Kontrolle und Überwachung des Seeverkehrs zu verbessern, die bisherigen Kosten der Überwachung ohne Leistungsverzicht zu reduzieren, Havarien zu verhindern sowie Havarien und terroristische Angriffe schnell und unter Führung eines eingespielten Teams erfolgreich zu beherrschen. Dies kann nur durch die Zusammenfassung aller seegehenden Überwachungskräfte in einer monokratisch geführten Deutschen Küstenwache erreicht werden, in die das HK integriert ist. Auch die Errichtung der Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee erfordert eine zusätzliche Aufgabenbeschreibung für den schiffahrts- und allgemeinen polizeilichen Vollzug einschließlich der Sicherung der „kritischen Anlagen“ auf hoher See für die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Bei der erfolgten Dammpfanlage des Bundes für die Ausschließliche Wirtschaftszone (Bundeszuständigkeit) ist eine Koordination mit den Nachbarländern erfolgt, wie es entsprechende EU-Richtlinien (IKZM Meerespolitik) vorsehen. Allerdings gibt es keine deutsche Kompetenz, z.B. dem dänischen Nachbarn eigene Entscheidungen zu entsagen.</p>	<p>Das „Sicherheitskonzept Deutsche Küste“ beruht auf mehreren Säulen und stellt die Grundlage für die derzeitige Zusammenarbeit der für die maritime Sicherheit verantwortlichen Institutionen dar. Das Konzept wird regelmäßig fortgeschrieben und angepasst. Grundsätzliche Änderungen an dieser Sicherheitsstruktur wie etwa die Einrichtung einer nationalen Küstenwache bedürften zunächst weiterer Prüfung durch die Bundes- und beteiligten Landesebenen.</p>	<p>Die Gewährleistung der Sicherheit des Seeverkehrs ist für uns eine wichtige Aufgabe, die zwingend sichergestellt werden muss. Vor allem bei Notfällen sind alle Beteiligten stets aufgefordert, die in Deutschland weit zerstreuten Zuständigkeiten zu bündeln. Diese Aufgabe nimmt das Gemeinsame Havariekommando des Bundes und der Küstenländer wahr. Im Hinblick auf die europäische Kooperation und die Zuweisung von Notliegeplätzen sind die Aufgaben und Kompetenzen der Europäischen Maritimen Sicherheitsagentur (EMSA) dringend zu erweitern.</p> <p>Mit dem Havariekommando haben wir eine funktionierende Einrichtung, in der Bund und Küstenländer bereits kooperieren. Das Havariekommando erfasst z. B. stets das maritime Lagebild, koordiniert im Falle einer Havarie und beseitigt Schadstoffunfälle und Brände an Nord- und Ostsee. Aber auch hier brauchen wir eine rechtliche Sicherheit durch ein nationales Sicherheitskonzept. Dies würde auch das Havariekommando stärken.</p> <p>Neue Herausforderungen wie wachsender Schiffsverkehr, Offshore-Windparks und die wachsende Gefahr von Hochwässern benötigen neue Antworten und mehr Kooperation. Um eine weitere Vernetzung und Verzahnung der am Küstenschutz beteiligten Behörden von Bund und Ländern sowie europäischen Partnern sicherzustellen, sind ein <i>nationales Sicherheitskonzept</i> und eine <i>nationale Küstenwache</i> zielführend. Die Abstimmung mit europäischen Partnern und Institutionen schließt die Schnittstelle zum dänischen Nachbarn ein.</p>

FDP	Die Linke	PIRATEN
<p>Die FDP teilt alle Ihre Forderung zu diesem Thema. Die FDP-Bundestagsfraktion hat in den letzten 10 Jahren mehrfach Initiativen im Bundestag ergriffen, um eine einheitliche Nationale Küstenwache auf den Weg zu bringen. Auch in der ablaufenden Wahlperiode hatte die FDP es geschafft, das Thema in den Koalitionsvertrag aufnehmen zu lassen. Leider rückte die CDU/CSU-Fraktion auf Druck ihrer Unionsgeführten Ministerien von ihrer bisherigen Beschlusslage zu dem Thema ab. Selbstkritisch müssen wir einräumen, dass es nur minimale Verbesserungen bei der Kooperation der betroffenen Ministerien gegeben hat. Die FDP hat das Thema aber ausdrücklich in ihr aktuelles Wahlprogramm aufgenommen und wird sich auch in der kommenden Wahlperiode für die Realisierung des Ziels einer einheitlichen Nationalen Küstenwache einsetzen.</p> <p>Die FDP wird sich ebenfalls für eine Überprüfung des Notschleppkonzeptes einsetzen, auch im Lichte der geänderten Risikosituation durch die Errichtung zahlreicher Offshore-Windparks.</p> <p>Weiterhin hält die FDP es für erforderlich, zehn Jahre nach Errichtung des Havariekommandos deren bisherige Arbeit und Kompetenzen zu überprüfen, um auch hier nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen.</p>	<p>DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einer Reform der Küstenwache, jedoch nicht national, sondern europäisch. Wir wollen die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs unter Einbeziehung des Havariekommandos zu einer gemeinsamen Küstenwache weiterentwickeln. Diese soll sich auf die Verhinderung von Schiffshavarien und entsprechende Notfallkonzepte konzentrieren. Weiterhin soll ein wirksames Schiffssicherheitskonzept inklusive Nothafenkonzept verbindlich im EU-Recht aufgenommen werden, um den Umgang mit Havarien wie der MSC Flaminia zu verbessern. Hierzu haben wir im Bundestag den Antrag 17/11324 vorgelegt.</p> <p>DIE LINKE fordert, das integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM) mit der Maritimen Raumordnung zu verknüpfen, um EU-weit verbindliche Regeln für die Nutzung der Meere zu schaffen. Es geht um den Erhalt und die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der maritimen Ökosysteme. Deshalb muss die nachhaltige Nutzung und Entwicklung der Meere Vorrang vor ihrer wirtschaftlichen Ausbeutung als Ressource haben. Um den Stellenwert der Naturschutzinteressen zu verbessern, müssen die Bürgerbeteiligungsverfahren qualifiziert werden. DIE LINKE hat hierzu ein Konzept entwickelt – „Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltmediation bei großen Infrastrukturprojekten“ -, das bei allen Großvorhaben zur Anwendung kommen sollte. Dies gilt auch für Sicherheitskonzepte der Offshore Windparks, einschließlich der Bauphase. Zudem setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass Sicherheitskonzepte für marine Investitionen neben sozialen Standards wie Arbeits-, Unfall- und Notfallschutz der Beschäftigten auch militärische Altlasten im Umfeld berücksichtigen.</p> <p>Sowohl mit der europäischen Küstenwache als auch der EU-weiten Abstimmung der Maritimen Raumordnung wäre eine gute Schnittstelle zur Abstimmung mit Dänemark durch die verbindlichen EU-Vorgaben gegeben.</p>	<p>Im Licht neuer gemeinsamer Aufgaben (wie z.B. der erwähnten Offshore-Parks) und wegen offensichtlich eher aus Befindlichkeiten resultierenden Vorbehalten gegen eine gemeinsame Organisation des Küstenschutzes erscheint es sinnvoll, die Forderungen der Insel- und Halligkonferenz zu unterstützen. Da wir das Thema noch nicht weiter vertieft haben und ohnehin neue Verhandlungen anstehen, müssen wir die konkreten Details hierzu noch ausarbeiten.</p>

Mobilität, Anbindung und Erreichbarkeit der Inseln und Halligen einschließlich der Hochseeinsel Helgoland

Forderung der Insel- und Halligkonferenz:

1. Sicherung und Verbesserung des Verkehrs zu und zwischen den Inseln und Halligen, auch in den Wintermonaten
2. Wiedereinführung der reduzierten Mehrwertsteuer für die Ausflugschifffahrt
3. Einführung eines Fahrgastinformationssystems an den Schnittstellen Fernverkehr, Nahverkehr und Zubringerverkehr zu den Fähren
4. Anbindung der Inseln an die Nord/Süd-Achse Esbjerg-Hamburg, Ausbau der Fahrstrecken der Marschenbahn, Ausbau der B5

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Anbindung der Inseln und Halligen einem Stand entsprechen, der die Teilhabe an der Daseinsvorsorge und dem gesellschaftlichen Leben in Schleswig-Holstein gewährleistet?

CDU	SPD	GRÜNE
<p><u>Sicherung und Verbesserung des Verkehrs zu und zwischen den Inseln und Halligen auch in den Wintermonaten.</u></p> <p>Die ganzjährige gute Erreichbarkeit von Inseln und Halligen ist ein wichtiges Anliegen, das ich persönlich unterstütze. Dies sicherzustellen ist aber nicht Zuständigkeit des Bundes. Hinsichtlich des Bahnverkehrs wird zur Zeit die nächste Ausschreibung durch das Land vorbereitet. Hier müssen die Belange der Inseln und Halligen angemessen berücksichtigt werden. Der Fährverkehr zu den Inseln und Halligen erfolgt eigenwirtschaftlich durch die Reedereien und ist nicht Bestandteil des öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖNV), für den das Land der Kreis Nordfriesland zuständig wären.</p> <p><u>Wiedereinführung der reduzierten Mehrwertsteuer für die Ausflugschifffahrt.</u></p> <p>Der reguläre Mehrwertsteuersatz gilt seit vielen Jahren auch für die Schifffahrt, wurde aber in den vergangenen Jahren für bestimmte Fälle durch wiederholte Ausnahmeregelungen abgesenkt. Diese Ausnahmeregelung sind jetzt ausgelaufen. Dabei ist es gelungen für den Linienverkehr zu den Inseln und Halligen weiterhin den ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu erhalten. Dies ist ein gutes Ergebnis.</p> <p><u>Einführung eines Fahrgastinformationssystems an den Schnittstellen Fernverkehr, Nahverkehr und Zubringerverkehr zu den Fähren.</u></p> <p>Es ist schon viel erreicht worden für eine bessere Zusammenarbeit der Verkehrsträger Bahn, Bus und Schiff. Fahrpläne werden besser aufeinander abgestimmt als früher.</p>	<p><u>Punkt 1:</u></p> <p>Mit Einrichtung der Landesweiten Verkehrsservicegesellschaft im Jahr 1996 durch die SPD-geführte Landesregierung ist es gelungen, die Verkehrsangebote im Land gut aufeinander abzustimmen. Insbesondere bei der Frage der Taktung der Verkehre zu den Inseln setzt sich die SPD aber weiterhin für Verbesserungen ein.</p> <p><u>Punkt 2:</u></p> <p>Die SPD setzt sich für eine Reform der Mehrwertsteuer ein. Das „System“ der ermäßigten Mehrwertsteuersätze trägt in sich erhebliche Widersprüche und lässt sich nur noch historisch erklären und rechtfertigen. Wir müssen endlich ernst machen mit einer zukunftsgerichteten und sozial ausgewogenen Systematisierung der Mehrwertsteuersätze. Wir wollen, dass diejenigen Güter und Dienstleistungen mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belegt werden, bei denen es sich um Produkte für den täglichen Bedarf der Menschen handelt oder um solche, die von existenzieller Bedeutung sind. Wünschenswert wäre es, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Nahrungsmittel, Kulturleistungen, den ÖPNV, die Leistungen gemeinnütziger Einrichtungen und für medizinische Erzeugnisse zu konzentrieren und andere, nicht existenzielle Ausnahmen zurücknehmen.</p> <p><u>Punkt 3:</u></p> <p>Gerade in ländlichen Regionen, in denen die Versorgung mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur abnimmt, ist ein einfacher Zugang zu öffentlichen Mobilitätsangeboten besonders wichtig. Eine gut funktionierende</p>	<p>Wir Grüne haben ein umfassendes Konzept zur Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen entwickelt. Wir wollen, dass jede Region in Deutschland verkehrlich angemessen angebunden ist. Daher ist unser Ziel die Teilhabe an Mobilität, gleich ob in der Stadt oder auf dem Land. In den vergangenen Jahren hat es für Nordfriesland und die Inseln und Halligen Rückschritte gegeben, etwa was die Zuganbindung Dagebüll/Niebüll nach Hamburg angeht, aber auch beispielsweise die Busanbindung von Schlüttsiel.</p> <p>Die Inseln und Halligen stellen eine ganz besondere Herausforderung dar. Um ein Leben dort zu ermöglichen, aber auch aus wirtschaftlichen und touristischen Gründen, müssen die Angebote des öffentlichen Verkehrs verlässlich sein und verbessert werden. Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland ist das die Aufgabe des Landes Schleswig-Holstein sowie der zuständigen Gemeinden und Landkreise. Für eine integrierte Fahrgastinformation der verschiedenen Verkehrsträger setzen wir uns schon seit langem ein.</p>

CDU	SPD	GRÜNE
<p>Wo es zur Gästeinformation weiteren verbesserungsbedarf gibt, sollte dies in der Verantwortung der Verkehrsträger geschehen. Der Kreis Nordfriesland kann dafür ein Koordinator sein. Eine Kompetenz des deutschen Bundestages ist hier nicht gegeben.</p> <p><u>Anbindung der Inseln an die Nord/Süd-Achse Esbjerg-HH, Ausbau der Fahrstrecken der Marschenbahn, Ausbau der B5.</u></p> <p>Wir brauchen so schnell wie möglich den ausbau der B5. Der Bund ist zur Finanzierung der Maßnahmen bereit. Voraussetzung ist vollziehbares Baurecht. Dafür muss das Land Schleswig-Holstein sorgen, das für die Planungen zuständig ist. Die damalige CDU-geführte Landesregierung hatte im Frühjahr 2012 für einen Planfeststellungsbeschluss der Ortsumgehung Hattstedt, Struckum, Breklum und Bredstedt gesorgt, den die neue SPD-geführte Landesregierung wieder aufgehoben hat. Das bedeutet mindestens weitere 2 Jahre Zeitverzug. Ich werde mich weiterhin für die wichtige Maßnahme einsetzen.</p>	<p>Verkehrsinfrastruktur sicherzustellen, ist als Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge zunächst Aufgabe der Länder und Kommunen selbst. Die SPD setzt sich deshalb dafür ein, die kommunale Finanzausstattung so zu verbessern, dass die Kommunen dieser Verantwortung gerecht werden können.</p> <p><u>Punkt 4:</u></p> <p>Wir als SPD wollen die Verkehrsinfrastruktur im Land weiter stärken. Dazu gehört auch, dass die Strecke der Marschenbahn den veränderten Anforderungen angepasst wird. Wir haben das Problem gegenüber dem Bundesverkehrsminister und der Deutschen Bahn thematisiert. Was die B 5 betrifft, laufen derzeit Planfeststellungsverfahren. Wir setzen auf eine SPD-geführte Bundesregierung, um mehr Druck in diese Investitionen zu bekommen</p>	

FDP	Die Linke	PIRATEN
<p>Die Forderung nach Wiedereinführung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes in der Passagierschiffahrt lehnt die FDP ab. Die FDP tritt für eine grundlegende Reform des Mehrwertsteuersystems ein.</p> <p>Wir befürworten grundsätzlich den dreispurigen Ausbau der B 5 zwischen Tönning und Husum inklusive der notwendigen Wirtschaftswege sowie den Einstieg in die Planung der Fortführung der A 23 von Heide über Husum bis zur dänischen Grenze zur langfristigen Stärkung des Nord-Süd-Verkehrs, der Entlastung der A 7 und der Entwicklung der strukturschwachen Westküstenregion.</p> <p>Des Weiteren befürworten wir die Schaffung einer leistungsfähigen „Zentralachse“ Husum-Heide-Rendsburg-Kiel durch Anbindung der Westküste an die A 210, die den Verkehr zwischen Nord- und Ostseeküste aufnimmt, für den die A 20 keine Option darstellt, weil sie als „Hamburger Nord-Tangente“ zu weit südlich liegt.</p> <p>Die FDP spricht sich für einen zweigleisigen Ausbau der „Marschbahn“ Westerland-Husum-Elmshorn-Hamburg zur Verkürzung der Fahrzeit zwischen Westerland und Hamburg</p>	<p>Die Fraktion DIE LINKE will Mobilität für alle gewährleisten – nicht nur für die, die sich das leisten können. Öffentlicher Verkehr muss in öffentlicher Regie durchgeführt werden und bezahlbar sein. Das gilt im Besonderen sowohl für die Bewohnerinnen und Bewohner wie auch die Besucherinnen und Besucher der Inseln und der Halligen, die auf die Schiffsverbindungen zum und vom Festland angewiesen sind. Wenn auch die Situation einer jeden Insel und Hallig einzeln betrachtet werden muss, ist doch allen gemeinsam, dass sowohl mit den strukturellen Veränderungen auf den Inseln und Halligen als auch mit der zunehmenden Bedeutung des Tourismus die Anforderungen an die Verbindung zum Festland gewachsen sind. Insbesondere die Verbindungen im Winter sind bei Weitem nicht zufriedenstellend.</p> <p>DIE LINKE setzt sich dafür ein, das Angebot des öffentlichen Verkehrs kontinuierlich auszubauen und zu verbessern. Dazu sind die Investitionen in den Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur ebenso deutlich auszuweiten wie die Zuschüsse für die Verkehrsangebote. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur müssen wesentlich nachhaltiger erfolgen als bisher. Vorrang haben der seit Jahrzehnten</p>	<p>Die Anbindung der Inseln und Halligen ist eine Aufgabe zur öffentlichen Daseinsvorsorge – also "klassischer" ÖPNV. Zur Zeit ist nur Sylt mit Mitteln des staatlich bestellten ÖPNV erreichbar. Diese Erreichbarkeit wollen wir erhalten, wobei wir langfristig einen fahrscheinlosen ÖPNV etablieren wollen. Darüber hinaus ist unserer Auffassung nach eine Aufnahme der Fährverbindungen in den Schleswig-Holstein-Tarif und eine tarifliche Integration in das Festlands-ÖPNV-Angebot anzustreben. Zumindest für die Einwohner wollen wir das Tarifniveau so angleichen, das es dem Festland entspricht. Inwieweit die eigenwirtschaftlichen Fährverbindungen nach Helgoland, Pellworm, Föhr, Amrum, Hooge und Langeneß einen Zuschuss erhalten sollten ist abzuklären. Wir wollen eine solche Bezuschussung möglichst vermeiden.</p> <p>Die Taktung auch außerhalb der Saison darf nicht weiter reduziert werden. Insgesamt ist es ein Anliegen der Piratenpartei, die Wichtigkeit des Individualverkehrs zu verringern und öffentliche Verkehrsangebote auszubauen. Im Besonderen ist die zweimal-tägliche Anbindung auf der Halliglinie an Donnerstagen beizubehalten, da Lieferverkehr</p>

FDP	Die Linke	PIRATEN
<p>auf zwei Stunden. Alle diese Vorhaben werden bei der Aufstellung des nächsten Bundesverkehrswegeplans in das Bewertungsverfahren einbezogen. Daraus wird sich eine Priorisierung der realisierbaren Vorhaben ergeben.</p> <p>Die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Sicherung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben im Land sind Landes- und keine Bundesaufgaben und gehören nach unserer Ansicht deshalb thematisch nicht zur anstehenden Bundestagswahl.</p>	<p>vernachlässigte Erhalt der Verkehrswege und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs. In diese Planungen müssen auch die Anbindungen der Inseln und Halligen einbezogen werden. Der Fähr- und Schiffsverkehr zu den Inseln und Halligen muss der gleichen Bedienungspflicht unterliegen wie der ÖPNV auf dem Festland, selbstverständlich auch mit einem Winterfahrplan. Außerdem ist zu gewährleisten, dass die Schiffs- und Fährverbindungen auch eine funktionierende Anbindung an den ÖPNV</p> <p>auf dem Festland erhalten. Die Fahrpläne sind so zu verbessern, dass nicht nur die Interessen des Tourismus berücksichtigt werden, sondern auch die Interessen der EinwohnerInnen. So muss beispielsweise der Arztbesuch eines Helgoländers auf dem Festland an einem Tag ohne Übernachtung auf dem Festland möglich sein oder die Halligbewohnerin auch im Winter ihren Einkauf auf dem Festland erledigen können.</p>	<p>ansonsten faktisch unmöglich wird.</p> <p>Inwieweit die bislang gar nicht angebotenen Halligen eine Anbindung an den ÖPNV erhalten sollen, obliegt den Halligbewohnern.</p>

Daseinsvorsorge angesichts des demographischen Wandels

Forderung der Insel- und Halligkonferenz:

1. Sicherung der Gesundheitsversorgung in einer Art „Basisgarantie“
2. Nachhaltige Sicherstellung der schulischen Versorgung
3. Ausbau der Betreuungsangebote für Senioren und Pflegebedürftige
4. Entwicklung von Konzepten zum Angebot von bezahlbarem Wohnraum für Insel- und Halligbewohner, insbesondere für junge Familien und Senioren
5. Anbindung an eine zukunftsfähige Breitbandinfrastruktur

Wie können Sie die Inseln- und Halligkommunen bei ihren Bemühungen unterstützen, die Daseinsvorsorge nachhaltig zu sichern?

CDU	SPD	GRÜNE
<p>Der Bevölkerungswandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft in den kommenden Jahren. Deutschland wird älter, und wir werden weniger Menschen sein. Dies stellt gerade die ländlichen Räume vor neue Aufgaben. Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP hatten dazu in dieser Wahlperiode eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ich leiten durfte. Sie hat einen Katalog mit 105 Vorschlägen erarbeitet, die der deutsche Bundestag beschlossen hat. Ziel ist es, das Leben und Arbeiten auf dem Lande auch unter den Bedingungen des demographischen Wandels auf dem Lande attraktiv zu halten.</p>	<p>Die Ausstattung mit technischer und sozialer Infrastruktur ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Wir halten am Ziel der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ fest. Es muss deshalb darum gehen, entsprechend dem Sozialstaatsprinzip (Art. 20 GG) flächendeckend ein Mindestniveau der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, das sich auf die Sicherung menschlicher Grundbedürfnisse (Gesundheits-, Energie-, Wasserver- und -entsorgung, Abfallentsorgung, öffentliche Sicherheit, Erreichbarkeit) sowie auf die Gewährleistung von Chancengerechtigkeit und die Ermöglichung sozialen Zusammenhalts (schulische Bildung, Kinderbetreuung, Universaldienstleistungen im Bereich Post,</p>	<p>Um die nötige soziale und technische Infrastruktur in nicht städtischen Gebieten zu sichern, wollen wir neue, kreative Wege gehen. Im Bereich der Gesundheitsversorgung beispielsweise setzen wir uns für eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe in regionalen Primärversorgungsteams ein. Eine Schlüsselrolle sollen dabei die Pflegekräfte erhalten, denen wir nach einer entsprechenden Ausbildung größere Bedeutung und Verantwortung übertragen wollen. Die verantwortlichen Pflegekräfte müssen dann allerdings auch rechtlich abgesichert sein und es bedarf der Möglichkeit, diese Leistungen dann in unserem Gesundheitssystem</p>

CDU	SPD	GRÜNE
<p>Diese Entwicklung findet auch auf den Inseln und Halligen statt und trifft hier auf ganz spezielle Bedingungen, die die Probleme noch verschärfen, z.B. auf dem Wohnungsmarkt.</p> <p>Der Kreis Nordfriesland hat mit dem Projekt „Masterplan Daseinsvorsorge“ im Rahmen des Bundesprogramms „Region schafft Zukunft“ die Situation analysiert und für den Kreis Nordfriesland passende Vorschläge erarbeitet. Der Bund hat dieses Pilotprojekt (Nordfriesland ist einer von bundesweit vier Pilotkreisen) finanziell gefördert.</p> <p><u>Sicherung der Gesundheitsversorgung in einer Art „Basisgarantie“</u></p> <p>Die CDU Deutschlands steht für ein menschliches Gesundheitswesen. Wir wollen, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland – unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft, gesundheitlichem Risiko oder Wohnort– eine qualitativ hochwertige wohnortnahe medizinische Versorgung erhält und so am medizinischen Fortschritt teilhaben kann. Im Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik stehen die Patienten und Versicherten.</p> <p>Mit dem Versorgungsstrukturgesetz haben wir wichtige Anreize gesetzt, die es für Ärztinnen und Ärzte attraktiver machen, sich an der ambulanten Versorgung in unterversorgten oder drohend unterversorgten Gebieten zu beteiligen. Sie können finanzielle Zuschläge bekommen. Auch für Apotheken im ländlichen Raum gleichen wir über die Notdienstpauschale einen Teil ihrer Mehrbelastung aus. Wir werden diese Maßnahmen auf ihren Erfolg hin überprüfen und zielgerichtet weiterentwickeln.</p> <p>Den Kommunen kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Inzwischen bieten Kommunen fertig ausgerüstete Praxen an, die Ärzte auch in Teilzeit nutzen können. Dazu müssen die Kommunen leistungsfähig sein. Deshalb haben wir die Kommunen von hohen Soziallasten befreit. Die Aufgabe der Grundsicherung im Alter übernimmt der Bund. Dadurch wird der Kreis Nordfriesland dauerhaft um 5 Mio € entlastet.</p> <p><u>Nachhaltige Sicherstellung der schulischen Versorgung</u></p> <p>Die CDU setzt sich dafür ein, jedem Schulkind eine wohnortnahe Beschulung zu ermöglichen. Das Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“ spielt für uns dabei eine entscheidende Rolle.</p>	<p>Telekommunikation und schnelle Internetanschlüsse, Gerichtsbarkeit und kommunale Selbstverwaltung) bezieht. Sie kann durch mobile Angebote sowie Dienstleistungen auf Grundlage neuer Informations- und Kommunikationstechnologien sinnvoll ergänzt werden.</p> <p>Die SPD strebt einen gesellschaftlichen Konsens darüber an, welche Infrastrukturen wir künftig in Deutschland benötigen, um sowohl wirtschaftlich erfolgreich zu sein als auch uns und unseren Kindern eine hohe Umwelt- und Lebensqualität in einem gelebten sozialen Umfeld zu sichern. Dabei haben wir zunächst jene Infrastrukturen im Blick, für die der Bund eine eigene Zuständigkeit besitzt bzw. ein hohes Maß an Verantwortung trägt, also die Bundesverkehrswege, die Energie- und Telekommunikationsnetze. Zugleich sprechen wir uns mit Nachdruck dafür aus, dass der Bund die Städte und Regionen mit ihrer Infrastruktur nicht aus dem Auge verliert und dass ein abgestimmtes, zielführendes Handeln zwischen Bund, Ländern und Kommunen organisiert wird, um die kommunale Infrastruktur in ihrer Substanz zu erhalten, anzupassen und zukunftsfest zu machen. Das gilt gleichermaßen auch für die Insel- und Halligkommunen.</p> <p>Wir bekennen uns zur grundgesetzlich festgelegten föderalen Aufgabenteilung und zur kommunalen Selbstverwaltung der Gemeinden. Gleichzeitig sehen wir aber den Bund in der Pflicht, Mitverantwortung für Aufgaben der Daseinsvorsorge und damit die zukunftsfähige Gestaltung kommunaler Infrastruktur zu übernehmen. Dazu zählt, dass der Bund im Rahmen seiner Kompetenzen zusammen mit Ländern und Kommunen auf eine koordinierte räumliche Planung hinwirkt, mit seiner Förderpolitik Anreize für integrierte, regionale Entwicklungskonzepte setzt und die Kommunen mit finanziellen Förderinstrumenten – einer fortentwickelten Städtebauförderung und Gemeindeverkehrsfinanzierung – beim Erhalt, Ausbau und bei Bedarf auch Rückbau von Infrastruktur unterstützt.</p>	<p>abzurechnen.</p> <p>Wir wollen flexible Versorgungsformen fördern, nicht nur im medizinischen Bereich mit Fahrdiensten oder mobilen Praxisteams, sondern auch in anderen Gebieten der Nahversorgung wie Einzelhandel, Rathaus oder Banken. Auch der Unterricht der Halligkinder muss nachhaltig so gewährleistet sein, dass ihnen gute Schulabschlüsse möglich sind.</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen wollen ein besseres und leistungsfähigeres Bildungs- und Wissenschaftssystem. Damit der Bund besser dazu beitragen kann, müssen zunächst die verfassungsrechtlichen Blockaden ausgeräumt werden. Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das Kooperationsverbot in der Bildung aufzuheben. Der Bund muss die Länder wieder finanziell unterstützen dürfen, z. B. beim Ausbau von Ganztagschulen. Denn noch immer steht nur für ein Viertel aller SchülerInnen ein Ganztagsangebot zur Verfügung. Vor allem in den Grundschulen wächst die Nachfrage, aber das Angebot wächst nicht mit. Unser Ziel ist es, flächendeckend Ganztagschulen aufzubauen, die barrierefrei sind und in denen alle Kinder auch am Nachmittag miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen, ihre Kreativität entfalten und Neues entdecken können.</p> <p>Besonders für die Kleinen ist es uns wichtig, das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ zu erhalten und schulische Angebote auch im ländlichen Raum flächendeckend zu sichern. Das kann beispielsweise gelingen, indem Kinder jahrgangsübergreifend und länger gemeinsam lernen.</p> <p>Hier sind derzeit jedoch die Bundesländer gefordert. Das Land Schleswig-Holstein hat große Finanzierungsprobleme. Die Schulen können nur zu 95% finanziert werden, es fehlen im Land 1000 Stellen, um eine ausreichende Basisversorgung sicherzustellen. Zudem ist die Landesregierung unter schwarz-gelber Führung aus der Übernahme der Kosten für die Schülerbeförderung ausgestiegen. Unter diesen Voraussetzungen ist es leider nicht möglich, z. B. Eltern auf den Inseln und Halligen finanzielle Unterstützung zu gewährleisten, wenn sie ihre Kinder auf weiterführende Schulen auf das Festland bringen müssen.</p> <p>Wir werden das Land Schleswig-Holstein mit unseren politischen Möglichkeiten dabei unterstützen, Verbesserungen</p>

CDU	SPD	GRÜNE
<p>Dafür werden jedoch die Entscheidungen in der Landespolitik getroffen, nicht im Deutschen Bundestag.</p> <p>In meiner politischen Arbeit setze ich mich dafür ein, dass die Schulen auf den Inseln und Halligen ihren Sonderstatus behalten bzw. ihn bekommen, um wohnortnahe Schulangebote aufrecht zu erhalten, auch wenn die Schülerzahlen zurück gehen.</p> <p><u>Ausbau der Betreuungsangebote für Senioren und Pflegebedürftige</u></p> <p>Die von CDU und CSU 1995 eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir das Volumen der gesetzlichen Pflegeversicherung von 21 Milliarden Euro um nochmals fünf Prozent angehoben und damit gezielt und flexibel Mehrleistungen gefördert. Die zusätzlichen Mittel haben wir auf zusätzliche Leistungen für Menschen mit Demenz, auf pflegende Angehörige und die Förderung von neuen Wohngruppen konzentriert. Auch in Zukunft muss die pflegerische Versorgung so weiterentwickelt werden, dass das Recht auf eine würdevolle Pflege und Betreuung verlässlich eingelöst werden kann. Wir möchten, dass pflegebedürftige Menschen durch die Pflegeversicherung selbstständig und selbstbestimmt leben und – so weit wie möglich – am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ziel ist es daher, ein hohes Niveau der Pflegeleistung sicherzustellen und gleichzeitig einen steigenden Zuzahlungsbedarf zu Lasten der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Sozialhilfeträger zu verhindern. Wir verstehen Pflege als einen wichtigen Dienst am Mitmenschen. Wir wissen, dass dafür Zeit für die persönliche Ansprache und Zuwendung notwendig ist.</p> <p>Gerade auf den Inseln und Halligen pflegen besonders viele Familien ihre pflegebedürftigen Angehörigen selbst. Deshalb sind gerade hier alle Maßnahmen besonders wichtig, die den pflegenden Angehörigen ihre Arbeit erleichtern.</p> <p><u>Entwicklung von Konzepten zum Angebot von bezahlbarem Wohnraum für Insel- und Halligbewohner, insbesondere für junge Familien und Senioren</u></p> <p>Auf den Inseln und Halligen wird seit vielen Jahren über Konzepte diskutiert, wie Wohnraum für Einheimische gesichert bzw. geschaffen werden kann. Der freie Markt regelt dies nicht mehr, weil touristische Nutzungen attraktiver sind.</p>		<p>umzusetzen und dabei die besondere Situation der Insel- und HalligbewohnerInnen zu berücksichtigen.</p> <p>Bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes des Kreises Nordfriesland sind mit Sicherheit Elemente ganz besonders interessant für die Inseln und Halligen. So soll der energieoptimierte und altersgerechte Haus(um)bau voran gebracht werden. Weiterhin setzen sich die Grünen im Kreis Nordfriesland für einen kostenfreien ÖPNV für TouristInnen ein. Dies wird in den kommenden Monaten auch im Kreistag und seinen Gremien thematisiert werden.</p> <p>Bezahlbarer Wohnraum ist auf den Inseln und Halligen vielfach ein noch größeres Problem als am Festland. Aber Zukunft schaffen kann man nur, wenn es bezahlbares Wohnen für alle gibt. In altem Wohnbestand sind häufig auch die Energiekosten so hoch, dass sie zu einer existentiellen Bedrohung für die Bewohnerinnen und Bewohner werden. Wir Grünen wollen deshalb einen Energiesparfonds auflegen, mit dem wir die energetische Sanierung von Wohnquartieren gezielt vorantreiben, und dabei einkommensschwache Haushalte unterstützen. Unser Ziel ist, mit unseren Maßnahmen Ökologie und bezahlbares Wohnen in Einklang zu bringen.</p> <p>Auch auf den Inseln und Halligen ist es ein Problem, dass junge Menschen wegziehen und viele Ältere nicht mehr im Familienverbund leben. Wir wollen Menschen unterstützen, die sich neue Wohnformen und andere Formen des Zusammenlebens fürs Alter und unterschiedlicher Generationen wünschen. Es gilt, die nötige soziale und technische Infrastruktur zu fördern, kleine soziale Netze aufzubauen, Eigeninitiative zu unterstützen und die Menschen in die Gestaltung der Wohnquartiere einzubeziehen. Um Mieterinnen und Mieter besser vor Verdrängung zu schützen und zukunftsfähigen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, müssen alle Ebenen zusammenarbeiten – von der Kommune vor Ort bis zur Bundespolitik.</p> <p>Teilhabe hängt heute auch vom Zugang zum Internet ab, wie ja auch Teleunterricht und Telemedizin zeigen. Darum fordern wir Grünen die schnelle Anbindung ländlicher Kommunen an moderne Kommunikationstechnologien. Die Grundversorgung wollen wir über das Recht auf einen Breitbandanschluss - also einen Universaldienst - gewährleisten.</p>

CDU	SPD	GRÜNE
<p>Deshalb kommt auch hier den Kommunen eine zentrale Rolle zu, die mit kommunalen Projekten oder mit der Vergabe von Erbbaurechten die Dauerwohnfunktion sichern können.</p> <p>Der Bund stellt den Ländern Gelder für den Wohnungsbau zur Verfügung. Das Land Schleswig-Holstein steht in der Verantwortung, aus diesen Mitteln auch die Konzepte der Inseln und Halligen zu unterstützen.</p> <p><u>Anbindung an eine zukünftige Breitbandinfrastruktur</u></p> <p>Gut die Hälfte der Deutschen lebt auf dem Land. Wir wollen, dass die Menschen dort genauso Zugang zu schnellem Internet haben wie die Leute in den großen Städten. Deshalb wollen wir eine flächendeckende Breitbandversorgung. Unser Ziel: Gemeinsam mit Unternehmen, Ländern und Kommunen wollen wir bis zum Jahr 2018 schnelles Internet flächendeckend in ganz Deutschland verfügbar machen.</p> <p>Im Kreis Nordfriesland gibt es eine Reihe von Projekten, die unter Beteiligung der Kommunen, aber auch von Wirtschaft und Privatpersonen, die Glasfaserverkabelung organisieren. Für die Inseln und Halligen gibt es die Projekte auch. Die CDU setzt sich dafür ein, dass diese Initiativen im Wettbewerb zu den großen Anbietern, die aber die ländlichen Räume nicht immer vollständig im Blick haben, bestehen können. Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentliche Förderung zur Anbindung der Regionen, die wirtschaftlich nicht zu versorgen sind, ausgebaut wird.</p>		<p>Wir Grünen sind der Ansicht, dass gesellschaftliche Veränderungen dann am besten gestaltet werden können, wenn sich die Menschen, die es betrifft, als Fachleute in eigener Sache in die Planungen einbringen. Darum wollen wir neue Beteiligungsformen etablieren, integrierte Förderkonzepte stärken und Regionalbudgets zur bevorzugten Mittelvergabe machen. Nicht zuletzt setzen wir uns für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen ein, damit diese die neuen Herausforderungen aktiv angehen können.</p>

FDP	Die Linke	PIRATEN
<p>Die FDP befürwortet, dass der Bund die Länder beim Ausbau einer Breitbandversorgung unterstützt. Darüber hinaus ist die Daseinsvorsorge eine Landes- und keine Bundesaufgabe, deswegen können wir hierzu keine weiteren Angaben machen.</p>	<p>Die »Öffentliche Hand« ist verantwortlich für die Bereitstellung der notwendigen Güter und Leistungen. Darunter fällt alles, was die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger mit dem Notwendigen garantiert: Schulen und Krankenhäuser, Wasser und Energie, Rentensysteme, Wohnungen. Dazu gehört weiter ein kulturelles Grundangebot, Betreuung für Kinder und Ältere und die Sicherung von Mobilität. Die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge sind in doppeltem Sinne notwendig. Notwendig, weil sie für das Leben und die soziale und demokratische Teilhabe in der Gesellschaft grundlegend sind. Und notwendig, weil ohne sie die Reproduktion einer demokratischen Gesellschaft, die die Würde und die gleichen Rechte aller achtet und garantiert,</p>	

FDP	Die Linke	PIRATEN
	<p>schwerlich möglich wäre.</p> <p>Auch wenn das Leben auf den Inseln und Halligen nicht immer vergleichbar mit dem Leben auf dem Festland ist, so ist es doch notwendig, die öffentliche Daseinsvorsorge auch für die Bewohner und Bewohnerinnen der Inseln und Halligen zu sichern und darauf zu achten, dass beispielsweise durch Wasser, Energie und Mieten die Lebenshaltungskosten nicht ins Unermessliche steigen. Die Anbindung an das Festland muss abgesichert werden.</p> <p>Insbesondere die Notfallversorgung und – je nach Lage der Insel – auch die Arztversorgung muss deutlich verbessert werden. Dort, wo mehr ältere Menschen zu den Einwohnerinnen und</p> <p>Einwohnern zählen, müssen entsprechende Pflegeangebote aufgebaut werden. Wichtig ist ebenso altersgemäßes Wohnen ohne Stufen und Barrieren. Den auf den Inseln und Halligen lebenden Kindern ist ein weiterführender Bildungsabschluss zu ermöglichen, insbesondere Block- und Fernunterricht sind dafür auszuweiten. Ausbildungsplätze über den reinen Tourismus hinaus sichern den Verbleib junger Menschen auf den Inseln. Sichere Telekommunikationsanschlüsse verhelfen nicht nur zu verbesserter Kommunikation mit dem Festland, sondern erhöhen auch die Berufschancen.</p> <p>Aufgaben der Daseinsvorsorge müssen demokratisch verantwortet, organisiert und kontrolliert werden. Der Zugang zu diesen Diensten und Einrichtungen muss erschwinglich, diskriminierungsfrei und in jeder Hinsicht für alle Einwohnerinnen und Einwohner offen und barrierefrei sein.</p>	

Föhr, im August 2013